

Die Linke Landesverband Berlin
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

Freie Radios Berlin Brandenburg e.V.

Landesverband Berlin
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin

Telefon: 030/24009-289
Telefax: 030/24009-260
info@dielinke.berlin
www.dielinke.berlin

Deutsche Bank
DE86 1007 0848 0525 6078 02
DEUTDEDB110

Antworten DIE LINKE Berlin auf Ihren Wahlprüfstein zur AGH- Wahl 2026

Berlin, den 13.7.26

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank, dass Sie mit dem von Ihnen erarbeiteten Wahlprüfstein einen wichtigen Beitrag zur politischen Willensbildung in Berlin leisten!

Im Folgenden finden Sie die Antworten von Die Linke Berlin auf Ihre Fragen.

Sieben Fragen zu sieben Tagen - Freie Radios unltd.

1. Förderung und Finanzierung

Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um die finanzielle Absicherung der Freien Radios (über die bisherige Förderung der terrestrischen Verbreitungskosten hinaus) langfristig zu verbessern?

2. Frequenzpolitik

Wie stehen Sie zur Vergabe von UKW- und DAB+-Frequenzen an Freie Radios? Werden Sie sich für den Erhalt der bestehenden DAB+ Frequenzen, bzw. die Wiederzuweisung von UKW-Frequenzen einsetzen?

3. Die Dritte Säule

Unterstützen Sie grundsätzlich, eine sog. "Dritte Säule" des Rundfunks, also NKL gesetzlich zu etablieren?

4. Rechtliche Rahmenbedingungen

Welche Änderungen im Berliner und Brandenburger Medienrecht halten Sie für notwendig, um die Arbeit Freier Radios zu erleichtern und ihre Unabhängigkeit zu stärken?

5. Medienvielfalt und Meinungspluralismus

Welche Rolle messen Sie Freien Radios für die Medienvielfalt in Berlin bei? Wie wollen Sie sicherstellen, dass sie als nicht-kommerzielle, unabhängige Stimmen erhalten bleiben?

6. Bildung und Nachwuchsförderung

Freie Radios sind Orte der Medienbildung und des bürgerschaftlichen/zivilgesellschaftlichen Engagements. Welche Projekte zur Förderung von Medienkompetenz, für lokale Berichterstattung und für den Nachwuchs spezielle für nichtkommerzielle Radios unterstützen Sie?

7. Langfristige Perspektive

Welche Vision haben Sie für die Zukunft Freier Radios in Berlin?

Antwort Die Linke Berlin:

Wir bitten um Verständnis, dass wir uns erlauben, Ihre 7 Fragen zusammen zu beantworten und unsere Antwort lautet wie folgt.

Die Linke Berlin macht sich seit Langem für eine bessere Absicherung der Freien Radios stark. Ein wichtiger Erfolg war, dass die Finanzierung vom Land Berlin 2020 auf die Medienanstalt Berlin-Brandenburg (mabb) übergegangen ist, da eine Finanzierung über den Haushalt gerade bei anderen politischen Mehrheiten keine langfristige Sicherheit gebracht hätte. Auch begrüßen wir, dass die DAB+-Verbreitung inzwischen durch die mabb finanziert wird. Dennoch ist der Status quo nicht zufriedenstellend. Wir wollen ihn Schritt für Schritt im Austausch mit den Freien Radios und der mabb ausbauen!

Zum einen setzen wir uns deshalb dafür ein, die bestehenden Fördermöglichkeiten auszuweiten. Einzelne technische Anschaffungen und Verbreitungskosten reichen nicht aus. Kosten für Technik fallen schlicht weniger häufig an als laufende Kosten. Deshalb sollen die Fördermöglichkeiten für laufende oder wiederkehrende Grundkosten wie Miete und Mietnebenkosten oder beispielsweise Verwaltungskosten

ausgeweitet werden. Blicke diese Förderung nur auf Projektbasis beschränkt, böte sie aber weiter keine Sicherheit.

Als realistisches Teilziel wollen wir aus diesem Grund zunächst eine teilweise Sockelfinanzierung, die mehrjährig vergeben wird und so zu einer besseren Planbarkeit beitragen soll, im Staatsvertrag über private Medien in Berlin und Brandenburg verankern.

Dies stellt aus unserer Sicht aber nur einen Zwischenschritt zu unserem eigentlichen Ziel dar, die Freien Radios als Dritte Säule im Staatsvertrag zu verankern. Erst damit wäre ihr Rechtsstatus eindeutig geklärt und zugleich ihrer gesellschaftlichen Rolle entsprechend angepasst. Nichtkommerzielle Lokalradios geben gesellschaftlichen Gruppen eine Stimme, die in klassischen Medien wenig vorkommen. Menschen können selbstbestimmt Radio machen, ohne hohe Hürden. Das demokratisiert Medienproduktion und schafft eine Art Schutzraum für kulturelle und soziale Vielfalt. Als Dritte Säule würden Freie Radios nicht länger nur als Sonderfall privater Anbieter behandelt, sondern als eigene, gemeinnützige, werbefreie, nicht gewinnorientierte, lokale und partizipative Medienform anerkannt. Damit einhergehen soll eine institutionelle Förderung, die sich am hessischen Vorbild orientiert. Der Anspruch zugelassener nichtkommerzieller, lokaler Radios auf Förderung ist dort in § 29 des Hessischen Gesetzes über privaten Rundfunk und neue Medien fixiert. Dort heißt es zudem: *"Die Förderung der laufenden Aufwendungen ist so zu bemessen, dass mindestens Personal für die Organisation der Betriebsabläufe und der Produktions- und Sendetechnik beschäftigt werden kann und Räumlichkeiten gemietet werden können."*

Um all das erreichen können, sind nicht nur die entsprechenden rechtlichen Änderungen im Privatmedienstaatsvertrag vonnöten. Vor allem muss die mabb finanziell in die Lage versetzt werden, diese umzusetzen. Unter anderem deshalb wollen wir den sachfremden Vorwegabzug, also das Geld, das vorab aus dem Rundfunkbeitragsanteil der mabb an den rbb geht, analog zu den genannten zwei Reformschritten zunächst reduzieren und schließlich ganz streichen. Die Voraussetzung dafür ist, zunächst andere Lösungsmodelle für die ROC GmbH, das Filmorchester Babelsberg und die anderen durch den Vorwegabzug finanzierten Einrichtungen und Veranstaltungen zu finden.

Zur Zukunft des Rundfunks in Deutschland gehört nach Überzeugung von Die Linke Berlin dauerhaft eine terrestrische Verbreitung. Das gilt vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk bis zu den Freien Radios. Dass die mabb keinen dauerhaften Simulcastbetrieb finanzieren kann, ist nachvollziehbar. Umso mehr begrüßen wir, dass sich die mabb in ihrer Audio-Strategie langfristig zu DAB+ als dem moderneren terrestrischen Verbreitungsweg

bekannt. Wir stehen dazu, diesen Verbreitungsweg langfristig abzusichern. Die Frequenzvergabe selbst ist die alleinige Kompetenz der mabb bzw. des Medienrats. Politische Parteien sollten und können sich da nicht einmischen. Wie wichtig das ist, zeigt die politische Entwicklung in manchen Bundesländern.

Neben der terrestrischen Verbreitung ist es zunehmend wichtig, dass besonders nichtkommerzielle Freie Radios angesichts der Gatekeeperfunktion der großen Tech-Konzerne, die mit Algorithmen personalisieren, was wir finden und hören können, digital gut auffindbar sind. Doch die Auffindbarkeit der Freien Radios technisch zu sichern und zu stärken, ist nur eine Antwort auf die Herausforderungen, vor die uns eine von den 'Big Five' dominierte digitalisierte Realität stellt.

Der selbstbestimmte und differenzierte Umgang mit Medien und Informationen sowie Medienmündigkeit gerade von Kindern und Jugendlichen gehört zu unseren zentralen Zielen in der Bildungspolitik. Medienbildung inklusive des reflektierten und kritischen Umgangs mit digitalen Werkzeugen, Künstlicher Intelligenz und Datenschutzfragen, aber auch Mediensuchtprävention müssen bereits ab der Grundschule verbindlich in den Rahmenlehrplänen und schulinternen Curricula verankert werden.

Gleichzeitig ist die Förderung von Medienkompetenz auch Aufgabe der Projekte für lokale Berichterstattung und Nachwuchsförderung für Radios sowie v.a. der mabb. Als im Aushandlungsprozess zum aktuellen Staatsvertrag über private-Medien die Förderaufgabe der mabb hinter die Regulierungsaufgabe zurückgestuft werden sollte, hat sich die Linksfraktion im Abgeordnetenhaus erfolgreich dafür eingesetzt, beide Bereiche weiter gleichrangig zu behandeln. Wie bei der Frequenzvergabe steht es uns aber selbstverständlich nicht zu, der mabb hinsichtlich ihrer geförderten Projekte politische Vorgaben zu machen.

Solidarische Grüße

Die Linke Berlin